

DIESE GRÜNEN!



DER GRÜNE ÄNDERUNGSANTRAG ZUM WUPPERTAL HAUSHALT

■ RIGOROSE KÜRZUNGEN UND STEUERERHÖHUNGEN IM STÄRKUNGSPAKT STADTFINANZEN



Foto: Jörg Lange

Wuppertal hat die einmalige Chance, ab 2016 einen Haushalt ohne neue Schulden zu schaffen. Dies ist dem Stärkungspakt Stadtfinanzen der ROT-GRÜNEN Landesregierung zu verdanken, die damit 36 Kommunen vor der Überschuldung bewahren will. Dafür muss die Stadt jährlich zusätzlich 42 Mio. Euro einsparen. Der Oberbürgermeister und der Kämmerer legten einen entsprechend rigiden Sparplan vor, den wir GRÜNEN inakzeptabel fanden. Zur Haushaltssitzung des Rates am 7. Mai stellte die GRÜNE Fraktion deshalb einen Änderungsantrag mit den folgenden Schwerpunkten:

Personalabbau mit Augenmaß

Ein Abbau des Personalbestands soll maßvoller erfolgen. Das Personalabbaukonzept, das laut Verwaltungsvor-

schlag ab dem Jahr 2016 greifen soll, hat viele handwerkliche Fehler. Grundsätzlich krankt es daran, dass das Konzept nicht gemeinsam mit dem Rat der Stadt, sondern nur vom Finanzressort erarbeitet worden ist. Denn der radikale Stellenabbau und die daraus folgende Arbeitsverdichtung haben einen hohen Preis. In den Bürgerbüros, bei der Bearbeitung von Anträgen und Vorgängen, im Bau- oder im Sozialbereich bis hin zur Pflege des äußeren Erscheinungsbildes der Stadt werden wir es in den nächsten Jahren zu spüren bekommen.

Soziales erhalten

Bei den Sachmitteln werden beispielsweise die Projektmittel der Bezirkssozialdienste gestrichen, ein überaus wichtiger Beitrag zur Prävention in der

Betreuung von Familien und Alleinerziehenden. Ebenso haben die Bezirksvertretungen mit ihren jetzt noch weiter reduzierten Verfügungsmitteln häufig genug Finanzlöcher in Projekten von Schulen und Sportvereinen gestopft. Nachdem die Stadt im letzten Jahrzehnt die Kosten für den Unterhalt von Kinderspielplätzen um 50% gekürzt hat, ist jetzt der Verkauf von 25 Spielplätzen ab 2016 geplant. Hier wird der zweite vor dem ersten Schritt getan. Zuerst sollten unter der Beteiligung der Bezirksvertretungen eine Bestandsaufnahme und eine langfristige Bedarfsplanung erfolgen, bevor es zu Verkäufen kommen kann.

Kultur als Standortfaktor

Die vielfältigen Kulturangebote sind für ein lebens- und liebenswertes Wuppertal wichtig und nebenbei ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor. Die Kürzung der Freien Kultur in Höhe von 130 000 Euro ist da ein falsches Signal. Auch das Dreispartentheater sollte erhalten bleiben.

GRÜNER Deckungsvorschlag

Steuersenkungen auf Bundesebene, eine fehlende Vermögenssteuer, die ausbleibende Korrektur der Unternehmenssteuerreform, ein fehlgesteuerter Solidarbeitrag sowie eine fehlende Transaktionssteuer in Verbindung mit einer unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen haben mit dazu beigetragen, dass Großstädte wie Wuppertal in eine finanzielle Schieflage geraten sind. Die Stadt muss alle Möglichkeiten nutzen, ihre Einnahmen

zu verbessern.

Zur Deckung der GRÜNEN Änderungsvorschläge könnte die Gewerbesteuer um weitere 4 Punkte, also auf 494 Punkte, und die Vergnügungssteuer auf 20% erhöht werden. In Wuppertal werden jedes Jahr ca. 18 Mio. Euro verspielt. Durch die Beschneidung der Spielhallengewinne wird auch der Spielsucht entgegengearbeitet. Weitere Einsparmöglichkeiten sind die Reduzierung der Ratssitze von 66 auf 60 und die Reduzierung der Bezirksvertretungen von 10 auf 6. Weniger kann mehr sein, da muss die Kommunalpolitik auch bei sich selbst sparen. Über die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung sind weitere Einnahmen zu erzielen. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann ihr durch eigenes Handeln entgegen, wenn er bzw. sie sich an die vorgegebene Geschwindigkeit hält. Eine allgemeine Gebührenerhöhung von 1,2% hätte weitere 100 000 Euro in die Stadtkasse gebracht.

Keine wirkliche Diskussionsbereitschaft bei CDU und SPD

Bedauerlich war die fehlende Diskussionsbereitschaft der CDU und SPD über einen gemeinsamen Änderungsantrag. Jede Änderungsposition der beiden Fraktionen war in Beton gegossen und nicht mehr verhandelbar. Die einzige Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens, die CDU und SPD akzeptierten, wäre der Beitritt zu ihrem Änderungsantrag gewesen. Für das eigene Sparpaket stimmten im Rat nur CDU und SPD, die meisten Oppositionsfraktionen enthielten sich.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Rat der Stadt hat am 07. Mai den Haushaltssanierungsplan beschlossen, der Voraussetzung für die Teilnahme am Stärkungspakt der ROT-GRÜN geführten Landesregierung NRW ist. Ein Schwerpunktthema dieser Ausgabe sind die Argumente rund um die Haushaltsberatungen, wir stellen Ihnen unseren Änderungsantrag dazu vor und was wir von der dazu angebotenen Bürgerbeteiligung halten. Ansonsten berichten wir über den Girls' & Boys' Day und andere GRÜNE Initiativen.

Wir freuen uns, dass die ROT-GRÜNE Landesregierung nach der erfolgreichen Landtagswahl am 13.05. ihre für uns Kommunen sehr positive Arbeit fortführen kann, das ist eine für uns alle sehr erfreuliche Nachricht. Wir wünschen Ihnen einen schönen und regenarmen Sommer und einen schönen und CO₂-armen Urlaub! Bitte denken Sie bei Ihren Urlaubsplanungen daran, dass sich die Natur auch mal erholen muss ... Viel Spaß!

Ihr Redaktionsteam

WUPPERTAL WIRD DEN RECHTSANSPRUCH NICHT ERFÜLLEN

■ AUSBAU DER BETREUUNG VON U3-KINDERN WEITERHIN IM SCHNECKENTEMPO

Im Jahr 2008 hatten Bundestag und Bundesrat das Kinderförderungsgesetz – kurz „Kifög“ – verabschiedet, das u.a. den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr ab 1.8.2013 regelt. Gewährleisten müssen den Rechtsanspruch die Kommunen. Im Kifög steht aber auch, dass die Kosten des U3-Ausbaus durch die Länder zu tragen sind abzüglich der Bundesmittel. Wie bereits vielfach erwähnt, haben sich CDU und FDP in NRW nicht darum geschert und keinen einzigen Cent Landesmittel in den U3-Ausbau investiert und nur die Bundesmittel „weitergereicht“. Dagegen klagten die NRW-Gemeinden und erhielten im Oktober 2010 natürlich Recht. Es folgte ein langer Prozess der Verständigung über die Kosten des U3-Ausbaus zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden, der Ende März diesen Jahres abgeschlossen wurde. Diese Verständigung liegt nun als Gesetzentwurf vor und muss vom neuen Landtag nur noch beschlossen werden. Die Auszahlung



Foto: Mathias Kehren

der Mittel erfolgt über die sogenannten Kindpauschalen für U3-Kinder. Der Landesanteil an den Kindpauschalen wird sich um zunächst gut 15% erhöhen, der Wuppertaler Anteil sinkt um diesen Prozentsatz. In den Einrichtungen kommt dieses zusätzliche Geld aus Düsseldorf nicht direkt an, lediglich in der von Kämmerer Dr. Slawig

betreuten Stadtkasse, weil Wuppertal ja geringere Kostenanteile haben wird. Über die Verwendung dieser Mittel entscheidet der Rat im Rahmen der rechtlichen Vorgaben der Gemeindeordnung. Sinnvoll ist hier, die eingesparten Mittel für Kinder und Jugendliche und vor allem in den in Wuppertal dringend notwendigen Ausbau im inve-

stiven Bereich (neue Einrichtungen!) zu verwenden. Schließlich handelt es sich nach dem Verständnis der GRÜNEN Ratsfraktion um eine Pflichtleistung der Stadt. Welche rechtlichen Szenarien der Stadt durch klagende Eltern „nichtversorgter“ Kinder ab August 2013 drohen, beleuchtet aktuell ein von der GRÜNEN Bundestagsfraktion in Auftrag gegebenes Gutachten. Demnach würden auch auf Wuppertal bei fehlenden U3-Plätzen beträchtliche Kosten zukommen. Die Höhe hängt von der Klagebereitschaft der Eltern ab, der Höhe evtl. Schadensersatzansprüche und selbstverständlich die Kosten ggf. selbst beschaffter Plätze. Dass Wuppertal dringend neue, zusätzliche KiTa's benötigt, belegt ein auf GRÜNE Nachfrage im letzten Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung erwähntes Detail: Nur etwa 50% der in den letzten Jahren forcierten 501 Tagespflegeplätze sind überhaupt besetzt! Wuppertaler Eltern wünschen sich ganz überwiegend die Betreuung ihres Nachwuchses in einer KiTa!

AUS DEM INHALT

Seite 2
Personalentwicklung oder Personaleinsparung?

Seite 3
Was macht eigentlich der Integrationsausschuss?

Seite 5
Bildung statt Herdprämie

Seite 5
Energiewende geht langsam voran

Seite 6
Rio +20 – Die Entwicklung auf unserer Erde entscheidet sich vor Ort!

GIRLS' DAY & BOYS' DAY IN WUPPERTAL

■ GESCHLECHTSTYPISCHE BERUFSWAHL VON MÄDCHEN UND JUNGEN?

Am 26. April wurde in Wuppertal zum zwölften Mal der Girls' Day und zum fünften Mal „Neue Wege für Jungs“ veranstaltet. 820 Mädchen und Jungen der Klassen 5 bis 12 erhielten die Gelegenheit, in geschlechtsuntypische Berufe hineinzuschneppen.

Denn Mädchen entscheiden sich nach wie vor zwischen nur zehn verschiedenen Ausbildungsberufen. Darunter sind kaum welche mit guten Verdienst- und Aufstiegschancen. Spitzenreiter bleiben Verkäuferinnen/Kauffrau und medizinische Fachangestellte. So können sie ihre Potenziale bei weitem nicht ausschöpfen. Der Girls' Day und der Boys' Day sollen dazu beitragen, alte Rollenbilder aufzubrechen und Mädchen mit den Zukunftsbereichen Naturwissenschaft und Technik vertrauter zu machen und auch Jungen für bisher untypische Jobs, wie etwa für Erzieher- und Pflegedienste, zu interessieren. So können auch typisch weibliche, unterbezahlte und kaum anerkannte Berufe aufgewertet werden. Angesichts einer



Foto: Jörg Lange

sich verändernden Arbeitswelt ist dies unerlässlich. Es ist sehr erfreulich, dass jedes Jahr mehr bergische Unternehmen mitmachen und den Jugendlichen Einblicke in unterschiedliche Berufe ermöglichen.

Leider macht der Oberbürgermeister nicht mit, ein Antrag der GRÜNEN

wurde in der Ratssitzung im Februar abgelehnt.

Ein Ausspielen von Jungen- gegen Mädchenförderung lehnen wir übrigens ab. Wir wollen Jungen individuell fördern, Teilhabe ermöglichen und Mädchenpolitik sinnvoll ergänzen, nicht nur am Girls' und Boys' Day.

LERNFÖRDERUNG FÜR ALLE!

■ RESOLUTION AN URSULA VON DER LEYEN

Bereits in unserer letzten Ausgabe haben wir über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets berichtet. Inzwischen sind die Zahlen der eingegangenen und genehmigten Anträge deutlich gestiegen – vor allem im Bereich des Schulmittagessens und der Teilhabe im Sportverein oder am Musikunterricht. Dies zeigt eine Statistik, die dem Sozialausschuss jetzt auf Anfrage der Fraktion Die Linke vorgelegt wurde. Zahlenmäßig weit zurück liegen jedoch die Anträge auf Lernförderung. Der Grund dafür ist neben den bürokratischen Hürden mit großer Wahrscheinlichkeit die restriktive Handhabung dieses Angebotes.

Deshalb ist auf eine Initiative der GRÜNEN im Sozialausschuss eine gemeinsame Resolution an Bundesarbeitsministerin von der Leyen beschlossen worden, die von allen Ratsfraktionen unterstützt wurde. Darin fordern die Fraktionen die Ministerin auf, nicht nur das Erreichen eines Minimalzieles

zu fördern wie die Versetzung in die nächste Klasse. Stattdessen sollen Kinder aus einkommensschwachen Familien auch nach ihrer Begabung gefördert werden, so dass sie die Möglichkeit haben, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. „Es darf nicht sein, dass Kinder zurückbleiben, weil ihre Eltern finanziell nicht in der Lage sind, das Potenzial der Kinder zu fördern“ heißt es in der Resolution. Wir GRÜNE freuen uns, dass in dieser Sache alle Fraktionen an einem Strang gezogen haben und hoffen, dass der Appell bei der Ministerin auf offene Ohren trifft. Denn gut ausgebildete junge Menschen sind unsere Zukunft!



PERSONALENTWICKLUNG ODER PERSONALEINSPARUNG?

■ IM ZWEIFEL ENTSCHEIDET DIE STADTSPTIZE

Das in der letzten Ratssitzung von SPD und CDU in Großer Koalition verabschiedete Haushaltssanierungskonzept beruht im Wesentlichen auf zwei Positionen: Es werden zusätzliche Einnahmen durch ungerecht verteilte Steuererhöhungen erzielt und es werden noch einmal zusätzlich Personalstellen in der Verwaltung eingespart. Mindestens beim letzten Punkt kann sich die Große Koalition sicher sein, dass der öffentliche Aufschrei weitaus geringer ausfallen wird als bei Einsparungen im Kultur- oder Sozialbereich, denn der Ruf öffentlicher Verwaltungen ist – ganz zu Unrecht – nicht eben gut und deshalb wird es flächendeckend an Lobbyisten fehlen. Das „Personalentwicklungskonzept“ verdient den Namen nicht, den es von der Stadtspitze irrtümlich erhalten hat; es ist ein Personaleinsparungskonzept. Es werden nicht nur 500 Stellen zusätzlich

zu den vorangegangenen Kürzungen, die ebenfalls vor den MitarbeiterInnen der Verwaltung nicht halt gemacht haben, eingespart, sondern eben auch keine Aussagen darüber getroffen, an welcher Stelle städtischer Dienstleistungen gespart werden soll. Und im Vorbeigehen werden auch noch die Sachmittel, die zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zu deren Gesunderhaltung dienen, um die Hälfte gekürzt.

Dennoch ist die Große Koalition im Rathaus hoffnungsfroh, die richtige Entscheidung getroffen zu haben, schließlich hänge die Personalentscheidung eng mit der Haushaltssanierung zusammen. Sprich: Ohne Personalkürzung kein Haushaltsausgleich.

Was aber ist mit der Personalentwicklung?

Die Verwaltung hat mit dem Beschluss-

vorschlag übersichtlich und ausführlich aufgearbeitete, statistische Daten zum Personalabbau vorgelegt. Sie prognostiziert bis 2021 eine Personalfuktuation von ca. 39% des zur Zeit vorhandenen Personals, das sind ca. 1.500 MitarbeiterInnen in der Kernverwaltung. Nach dem Personaleinsparungskonzept sollen ca. 500 Stellen zusätzlich abgebaut werden, es besteht somit die Notwendigkeit, ca. 1.000 neue Stellen in den nächsten 9 Jahren qualifiziert zu besetzen.

Welche Aufgaben mit geringerem Standard oder gar nicht mehr wahrgenommen werden, soll zwischen der Stadtspitze und den zuständigen Ressorts nur kurz nach der Ratssitzung in Zielvereinbarungen festgelegt werden; in Konfliktfällen entscheidet die Stadtspitze. Die Große Koalition verzichtet von Anfang an auf ihre eigene Beteiligung und die des Rates, weil spätere

stems bei den Standards und Aufgaben klar Position zu beziehen wäre und gegebenenfalls mit Widerstand zu rechnen ist.

Abbau ja – Qualifizierung vielleicht

So kommt auch der Gesamtpersonalrat zu seiner eindeutigen Einschätzung: „Anhand der vorgenannten Aussagen wird deutlich, dass es an vielen Stellen noch keine konkreten Aussagen im Bericht ‚Personalentwicklung‘ gibt. Das Thema Qualifizierung ist nicht ausreichend bearbeitet.“ Und die SPD rechtfertigt sich in einer Pressemitteilung: „Das Personalentwicklungskonzept kann nicht ohne die Finanzsituation unserer Stadt und der großen Chance eines ausgeglichenen Haushaltes im Jahr 2016 diskutiert werden.“ Unterstützt u.a. von Verdi glaubt aber die GRÜNE Ratsfraktion, dass da mehr drin gewesen wäre und hat des-

halb einen umfangreichen und finanziell gedeckten Änderungsantrag zum Haushaltssicherungskonzept vorgelegt, in dem Sie auch auf das Thema „Personalentwicklung“ eingehen.

Damit eben die Einsparvolumina nicht zu einer Verwahrlosung der Stadt führen, sollte auf 1/3 der Personaleinsparungen verzichtet werden. Ferner sollte der Umfang von Qualifizierungsmaßnahmen deutlich erhöht werden.

Die GRÜNEN konnten sich mit diesem Vorschlag nicht durchsetzen. Und sogar in der SPD-Fraktion stimmten die Gewerkschaftssekretäre in der Hoffnung für die Verwaltungsvorlage, dass die Auswirkungen des Personaleinsparungskonzeptes ebenso wie die des Haushaltssicherungskonzeptes nur wenig in der Stadt sichtbar werden. Oder sich zumindest die MitarbeiterInnen der Kernverwaltung öffentlich kein Gehör verschaffen.

GRUNDSTÜCKSVKAUF AN DER LANTE

■ ODER: WIE EINE BEZIRKSVERTRETUNG HINTERS LICHT GEFÜHRT WIRD

Am 14. Februar stand auf der Tagesordnung der Bezirksvertretung Barmen eine Drucksache zur Entscheidung: es sollte getestet werden, ob der Abschnitt der Straße Lante, der das Firmengelände der Firma KÖBO-DONGHUA GmbH Co. KG teilt, für den öffentlichen Autoverkehr verzichtbar wäre. Die Firma habe den Wunsch geäußert, dieses Straßenstück von der Stadt zu erwerben. Was als harmloser Verkehrsversuch daherkam, über den die BV abstimmen sollte, wurde zu einem völlig undurchsichtigen Verfahren: Die BV bestand zunächst auf einem Orts-termin, um sich ein Bild von den möglichen Auswirkungen der geplanten Sperrung zu machen. Hier sind vor allem FußgängerInnen betroffen, die die Bushaltestelle an der Hatzfelder Straße erreichen wollen. Gleichzeitig sollten Fragen der AnwohnerInnen von der Verwaltung beantwortet werden. Die Entscheidung wurde auf eine spätere Sitzung vertagt. Dazu kam es

dann aber nicht mehr, denn plötzlich zauberte die Verwaltung einen Sachstandsbericht hervor, den die Politik nur noch ohne Beschluss entgegennehmen sollte. Darin wurden die Mitglieder des Finanzausschusses und der BV darüber informiert, dass der Verkauf des Grundstücks als „laufendes Geschäft der Verwaltung“ durchgeführt werde. Eine Bedingung dafür sei, dass die Firma eine alternative Fußwegverbindung zur Hatzfelder Straße schafft. Damit liegt die Entscheidung nun allein bei der Verwaltung. Aber kann eine öffentliche Straße so einfach verkauft werden? – Offenbar ja, denn die Verwaltung beruft sich auf den ca. 30 Jahre alten Bebauungsplan, der bereits die Entwidmung der Straße vorsehe. Merkwürdig nur, dass sich daraufhin eine Reihe von Interessierten diesen Bebauungsplan noch einmal genau anschauten, aber keinen Hinweis auf die vorgesehene Entwidmung fanden! Was also tun? Für



Foto: Mathias Kehren

die Entwidmung von nur bezirklich relevanten Straßen sind ausschließlich die Bezirksvertretungen zuständig. Der Rat kann mit Mehrheitsbeschluss alle Geschäfte der laufenden Verwaltung wieder an sich ziehen. Wir GRÜNE stellten daher einen entsprechenden Antrag im Finanzausschuss, der von der FDP unterstützt, der aber leider von CDU und SPD abgelehnt wurde. In der erneuten Diskussion in der BV Barmen am 8.5. bedauerte die Verwaltung zwar das intransparente Vorgehen, machte aber gleichzeitig deutlich, dass die BV keine Entscheidungsbefugnis habe. Dies habe auch ein Gutachten des Rechtsamtes ergeben. Damit sind die politischen Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Bleibt abzuwarten, wie AnwohnerInnen und BV über den weiteren Fortgang des Verfahrens informiert werden. Bis hierhin war es jedenfalls ein Paradebeispiel für Intransparenz – wir hoffen auf Besserung!

WAS MACHT EIGENTLICH DER INTEGRATIONS-AUSSCHUSS?

■ NACHGEFRAGT

Seit der Wahl zum Integrationsausschuss am 07.02.2010 ist Marilyn Morgan, die auf der „GRÜNEN Internationalen Liste“ kandidierte, direkt gewähltes Mitglied im Integrationsausschuss. Knapp die Hälfte der Legislaturperiode ist um, Zeit für DIESE GRÜNEN, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Wie kamst Du auf die Idee, für den Integrationsausschuss zu kandidieren?

Ich bin US-Amerikanerin vom Ursprung und Wuppertalerin aus Leidenschaft und Überzeugung. Seit mehr als 30 Jahren bin ich bei den GRÜNEN, seit fast 40 Jahren im Tal und hier fest verwurzelt. Als ehemalige Lehrerin für Naturwissenschaften an der ELSE-Gesamtschule (und vorher am Gymnasium) habe ich die Probleme, die ein hoher Migrationsanteil mit sich bringt, hautnah erlebt. Ich wollte etwas für die MigrantInnen tun und engagiere mich seit Jahrzehnten in der Integrationspolitik.

Was ist genau die Aufgabe des Integrationsausschusses?

Im Integrationsausschuss werden die Anliegen der in Wuppertal lebenden MigrantInnen diskutiert, die leider bei



Foto: Mathias Kehren

der Kommunalwahl ihre Stimme nicht abgeben können. Die große Vielfalt des Engagements von MigrantInnen erlebt der Ausschuss u.a. dadurch, dass er abwechselnd in vielen Einrichtungen tagt, die MigrantInnen unterstützen. Sie stellen dem Ausschuss ihre Arbeit vor. Die diskutierten Themen reichen von Älterwerden über Jugendliche, Schulbildung, Handwerk und das Handlungsprogramm gegen Rechtsextremismus. Wir diskutieren aber auch die übergreifenden Themen. In der letzten Sitzung haben wir z.B. über

den Haushaltssanierungsplan beraten.

Was haben die GRÜNEN dazu beigetragen, die Integration in Wuppertal nach vorne zu bringen?

Die GRÜNEN sind sehr aktiv im Integrationsausschuss. Wir haben ein Weltcafé mit allen MigrationsvertreterInnen durchgeführt, in denen wir Wünsche und Vorstellungen diskutiert haben. Die dort gewonnenen Anregungen werden wir nach und nach in den Ausschuss einbringen. Auf unsere Initiative

trat Wuppertal der Charta der Vielfalt bei, wir haben einen Runden Tisch muslimische Bestattungen mit VertreterInnen der Stadt und des Landtages NRW initiiert, um darauf hinzuweisen, dass eine dauerhafte Lösung gefunden werden muss. Für die Juni-Sitzung haben wir einen Antrag auf Anonymisierung von Bewerbungen eingebracht, weil die Chance von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt so verbessert werden kann.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Das Ressort Zuwanderung und Integration ist sehr engagiert und arbeitet mit den unterschiedlichen Gruppierungen und Vereinen zusammen. Es gibt viele Hilfsmittel für MigrantInnen und/oder neu Eingebürgerte. Leider ist die personelle Situation im Ressort sehr angespannt. Es ist sehr schade, dass die gute und nötige Arbeit von immer weniger Personal bewältigt werden muss. Die Vorlaufzeit zur Beantragung eines Aufenthaltstitels dauert zum Beispiel im Durchschnitt drei Monate, das ist viel zu lange und muss dringend geändert werden. Wir müssen mehr Personal statt weniger beschäftigen, wie es gerade CDU und SPD in der Ratssitzung beschlossen haben.
www.charta-der-vielfalt.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Martin Möller, Marilyn Morgan, Hermann Ott, Ilona Schäfer, Udo Schramm, Marc Schulz, Marcel Simon, Paul Yves Ramette

Cartoon: Harm Bengen

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:

talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 26.750

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

NEUER REGIONALPLAN IST IN ARBEIT

■ BEZIRKSREGIERUNG DÜSSELDORF BEZIEHT STÄDTE UND REGIONEN MIT EIN

Das regionale Planungswerk der Bezirksregierung Düsseldorf, der Gebietsentwicklungsplan (GEP 99), ist in die Jahre gekommen. Um wichtige Planungen und Maßnahmen im Gebiet der Bezirksregierung zu aktualisieren oder festzulegen, wird ein neuer Regionalplan aufgestellt.

Städte und Kommunen sowie die Kommunalpolitik wurden aufgerufen, sich an der Neuaufstellung des Regionalplans zu beteiligen. Insgesamt dauert dieser Prozess einige Jahre, in Kraft tritt der neue Plan wohl nicht vor 2013. Die Stadtverwaltungen in Wupper-

tal, Remscheid und Solingen und die Bergische Entwicklungsagentur haben Positionspapiere und Stellungnahmen zum Arbeitsentwurf „Leitlinien Regionalplanfortschreibung“ erstellt, die nun von den politischen Gremien im Bergischen Städtedreieck beschlossen wurden.

Dabei geht es u.a. um die Planungsgrundlagen für Regionale Gewerbeflächenkonzepte, Energieversorgung, Siedlungsflächen, Freizeitwirtschaft und Kulturlandschaft, Infrastruktur, aber auch um Naturschutz, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bergischen Städtedreieck haben sich gemeinsam eine Position zu den Leitlinien erarbeitet. Grundsätzlich können wir den Positionspapieren und Konzepten zustimmen, haben jedoch einen Änderungsantrag formuliert, der allen drei Räten zur Abstimmung vorgelegt wurde. Der Rat der Stadt Wuppertal hat ihn allerdings abgelehnt. Wir kritisieren, dass in den Papieren das Flächensparen und die Infrastrukturkosten bei Inanspruchnahme neuer Siedlungsflächen nicht genügend berücksichtigt werden sollen. Für uns ist es dabei auch wichtig, die

hohen Kosten bei der Erschließung neuer Flächen für die Stadt, aber auch für Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden. Die kritischen Aussagen der Stadt Wuppertal zur Bedeutung regionaler Grünzüge und deren angebliche Beeinflussung der Siedlungsentwicklung teilen wir nicht. Wir fordern für die zukünftige Energieversorgung der Region eine starke Entwicklung der Erneuerbaren Energien. Die Stadt Wuppertal scheint das Ziel einer wesentlichen Steigerung der Erneuerbaren Energieträger und die damit verbundenen ökonomischen Chancen nicht konsequent verfolgen zu wollen. Nur so ist zu erklä-

ren, dass nicht explizit auf die Potenziale einer 100% erneuerbaren Energie Region Bergisches Land hingewiesen wird. Wir legen weitere Prioritäten bei der Neuaufstellung des Regionalplans auf die Innenentwicklung der Städte, den Abbau des hohen Wohnungsleerstandes, die energetische Gebäudesanierung und die Wohnumfeldverbesserung. Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass regional und überregional bedeutsame Radwege wie die Nordbahntrasse oder die kürzlich erst eröffnete Balkantrasse in Remscheid auch im Regionalplan verzeichnet werden.

ERSTER FRÜHLINGSEMPFANG DER GRÜNEN RATSFRAKTION

Im März veranstaltete die GRÜNE Ratsfraktion ihren ersten Frühlingsempfang, der gleich ein voller Erfolg wurde. MitarbeiterInnen von Einrichtungen, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Mitglieder anderer Ratsfraktionen, Menschen, die mit der GRÜNEN Fraktion eng zusammenarbeiten, sie alle sind unserer Einladung in den Barmer Bahnhof gefolgt.

Unser Fraktionsvorsitzender Peter Vorsteher begrüßte die Gäste und zog Bilanz der GRÜNEN Ratsarbeit. Er mahnte eine engere Zusammenarbeit der Bergischen Städte an, die auf Augenhöhe stattfinden müsse. Nur so könne vertrauensvoll kooperiert werden. Weitere Themen waren die finanzielle Situation der Stadt Wuppertal nach dem Stärkungspakt, die notwendige Energiewende und der Klimaschutz im Bergischen Land, die Innenstadtentwicklung, die Ausweitung von Gewerbeflächen und die Bildungspolitik u.v.a..

Als Gastrednerin erläuterte die GRÜNE



Foto: Mathias Kehren

Landtagsabgeordnete und Ministerin für Schule und Bildung sowie stellvertretende Ministerpräsidentin NRWs, Sylvia Löhrmann, die Notwendigkeit von Inklusion nicht nur an den Schulen in NRW, den Stärkungspakt Stadtfinanzen und dessen Bedeutung für Wuppertal und mahnte die noch ausstehende Unterstützung des Bundes für die Konsolidierung der städtischen

Finanzen an. Auch die bergische Kooperation liegt ihr sehr am Herzen. Nach dem offiziellen Teil nutzten die Gäste die Möglichkeit, mit den GRÜNEN Stadtverordneten und Sylvia Löhrmann im Gespräch einige der angesprochenen Themen zu vertiefen. Die Rede von Peter Vorsteher können Sie nachlesen auf unserer Homepage www.gruene-wuppertal.de

DIE CHARTA DER VIELFALT FÜR WUPPERTAL

– wann geht es endlich los?

Groß war unsere Freude, als alle Ratsfraktionen im Frühjahr 2011 einverstanden waren, der GRÜNEN Initiative zu folgen und den Beitritt zur Charta der Vielfalt zu beschließen. Na bitte, geht doch!

Die Charta der Vielfalt ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Ihre Mitglieder haben es sich zur Aufgabe gemacht, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzungen ist.

Die MitarbeiterInnen erfahren Wertschätzung, Anerkennung und Förderung unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Rasse, Nationalität, Herkunft, Religion, Weltanschauung oder Behinderung. Es geht auch um den Abbau von Ungerechtigkeiten und Barrieren. Hier gibt es noch viel zu tun. Vielfalt ist ein Vorteil für die Gesellschaft, so führt ein Klima der Toleranz und des Miteinanders zu produktiven und erfolgreichen Arbeitsabläufen.

Auch Klaus F. Zimmermann, Direktor des Instituts für Zukunft der Arbeit, glaubt, dass Firmen, in denen Junge und Alte zusammenarbeiten, in denen interkulturelle Kompetenz von Einwanderern klug genutzt wird und junge Mütter mehr Förderung und Unterstützung erfahren, insgesamt produktiver sind als andere. Die Idee der Charta der Vielfalt geht ursprünglich auf die Wirtschaft zurück. Zu den ErstunterzeichnerInnen in Deutschland zählen unter anderem die Deutsche Bank, DaimlerChrysler und die Deutsche Telekom AG. Diese Vorteile könnten auch für unsere Stadt gelten, nur ist man in diesem Sinne bis jetzt nicht initiativ geworden! Ein Jahr ist seit dem Ratsbeschluss vergangen und nun wollen wir es wissen: Hat sich wirklich noch nichts getan oder geschah es zaghaft und von der Öffentlichkeit unbemerkt? Um Klarheit zu bekommen stellen wir im Integrationsausschuss eine Anfrage und sind gespannt, welche Antworten wir erhalten.

IKEA-PLANUNG IN DER DISKUSSION

■ DER VERLAUF DER BÜRGERBETEILIGUNG

Am 07.12.2011 brachte der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen entgegen der Empfehlung der Bezirksvertretung Oberbarmen mit dem Einleitungsbeschluss den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1136V – Dreigrenzen auf den Weg. Hinter dieser unscheinbaren Bezeichnung verbirgt sich der Plan der Firma IKEA, im Wuppertaler Nord-Osten einen Möbelmarkt und ein Fachmarktzentrum – einen sogenannten IKEA-Homepark – zu bauen.

Im Rahmen der nun folgenden, im Baugesetzbuch vorgeschriebenen Verfahren fanden drei Bürgerdiskussionen statt. Diese Bürgerdiskussionen sind Teil der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie behandeln die drei wesentlichen Themen, die für die Ansiedlung eines IKEA-Homeparks aus kommunaler Sicht von Belang sind. Die Auswirkungen auf den lokalen und regionalen Einzelhandel, auf den Straßenverkehr und auf die Umwelt müssen untersucht werden.

Was passiert beim Einzelhandel

Die Veranstaltung zum Themenbereich Einzelhandel fand – bei relativ geringer Interessiertenzahl – im Haus der Jugend in Barmen statt. Die Gutachter stellten die Ergebnisse ihrer Auswirkungsanalyse vor und kamen zu dem Schluss, dass die Auswirkungen auf den städtischen Einzelhandel in Wuppertal – unter Beachtung einiger Rahmenbedingungen und einzelner Änderungen im Warenangebot des Fachhandelszentrums – wesentlich weniger belastend seien, als von vielen AnwohnerInnen, lokalen HändlerInnen und vom Einzelhandelsverband angenommen.

Zusätzlicher Verkehr

Die zweite Veranstaltung zum Thema Verkehr – im Gemeindesaal Haus Hotenstein in Oberbarmen – war sehr viel besser besucht und auch die Wortbeiträge aus dem Publikum waren deutlich lebhafter. Der Gutachter vom Büro Koehler & Leutwein stellte seine Verkehrsuntersuchung und eine darauf basierende erste Planung vor. Die Ergebnisse dieser Planungskonzeption flossen in eine Verkehrssimulation



Foto: Jörg Lange

ein, die zu dem Ergebnis kam, dass der zusätzliche Verkehr abgewickelt werden kann. Dieses Ergebnis und die Unabhängigkeit des Gutachters wurde von den AnwohnerInnen in deutlichen Worten bezweifelt.

Auswirkungen auf die Umwelt

Die dritte Veranstaltung zum Themenkomplex Umwelt hatte wieder weniger Teilnehmer. Hier wurden den BürgerInnen aber kaum belastbare Informationen vorgestellt, stattdessen wurden im wesentlichen die noch zu tätigen Untersuchungen und die Untersuchungsmethoden vorgestellt. Es

kam dennoch vor allem zu den Themen Wasser- und Artenschutz zu lebhaften Diskussionen, in die sich auch der BUND Wuppertal einbrachte. Zusammenfassen kann gesagt werden, dass noch viele Fragen zu allen drei Themenbereichen offen geblieben sind. Vor allem in den Bereichen Verkehr und Umwelt werden die Ergebnisse der Gutachter sich sicherlich noch genaueren Untersuchungen unterziehen müssen. Es wurde zudem sehr deutlich, dass die direkten AnwohnerInnen eine IKEA-Ansiedlung, unabhängig vom Homepark-Konzept, deutlich ablehnen.

NACH DER 1. HALBZEIT

■ GRÜNE BESTÄTIGEN IHREN FRAKTIONSVORSTAND



Foto: Mathias Kehren, v. l. n. r.: Anja Liebert, Peter Vorsteher, Regina Orth

Zur Halbzeit der Ratsperiode 2009 bis 2014 standen die turnusmäßigen Vorstandswahlen in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Auf ihrer Frakti-

onssitzung am 05.03.2012 bestätigten die GRÜNEN Stadtverordneten ihren bisherigen Fraktionsvorstand für die nächsten 2 ½ Jahre im Amt.

Fraktionsvorsitzender bleibt Peter Vorsteher, Anja Liebert und Regina Orth sind weiterhin seine Stellvertreterinnen.

Die Fraktionsvorstandsmitglieder freuen sich über das ausgesprochene Vertrauen der Fraktionsmitglieder. Als Vorstand der größten Oppositionsfraktion im Rat der Stadt Wuppertal werden sich die GRÜNEN weiterhin mit viel Elan dafür einsetzen, dass wichtige Themen nicht hinter verschlossenen Türen beraten werden. Die Arbeitsfähigkeit von CDU und SPD werden wir auch weiterhin kritisieren. Wir fordern Transparenz und echte Bürgerbeteiligung. Wir setzen uns für mehr öffentliche Diskussionen bei Themen wie die Ansiedlung von IKEA, Bildung, soziale Stadt und die Umsetzung der Energiewende im Bergischen Land ein und stehen bereit, verantwortungsvoll und konstruktiv eine nachhaltige Politik umzusetzen.

GEBÜHRENDER ABSTAND BEIM BAUEN

■ STÖRFALLBETRIEBE IN DER NACHBARSCHAFT

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit einer Richtung weisenden Entscheidung am 15. September 2011 festgestellt, dass alle Städte und Gemeinden bei Bauanträgen zu prüfen haben, ob sich das Ansiedlungsvorhaben möglicherweise in einem kritischen Abstand zu Industrie- oder Gewerbebetrieben befindet, in denen in großen Mengen gefährliche Stoffe vorhanden sind.

Ausgangspunkt für das Klageverfahren war der Widerspruch der Firma Merck aus Darmstadt gegen die Ansiedlung eines Gartencenters in einer Entfernung von ca. 250 m zum Firmengrundstück. Die Stadt Darmstadt hatte dem Gartencenter einen positiven Bauvorbescheid zur Ansiedlung erteilt. Sie ging davon aus, dass die Europäischen Abstandsvorgaben resultierend aus Art. 12 Abs. 1 der SEVESO II-Richtlinie nur bei der Bauleitplanung zu beachten seien, also für die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung gelten – nicht jedoch für unbeplante Bereiche, wo sie jeweils sogenannte gebundene Entscheidungen zur Baugenehmigung bzw. über einen Bauvorbescheid zu erteilen hätte. In Wuppertal hatte das Urteil bereits vor einigen Monaten zur Folge, dass das Bauprojekt Hindenburgstraße zurzeit auf Eis liegt. Die

Fläche liegt nur etwa 500 Meter vom Bayerwerk entfernt.

In einer Anfrage im Ausschuss für Stadtentwicklung wollten wir wissen, wo in Wuppertal weitere Störfallbetriebe liegen, wie groß die Radien sind und welche Auswirkungen die Verwaltung auf laufende Plan- bzw. Bauvorhaben erwartet.

Im öffentlichen Teil der Sitzung wurde erläutert, dass es sich in Wuppertal insgesamt um 12 Betriebe handelt. Nun müssten Gutachten herangezogen werden, um die neue Situation rechtlich zu würdigen und konkrete Verfahrensschritte vorschlagen. Zur Beurteilung von Bauanträgen in unbeplanten Gebieten nach § 34 BauGB orientiert sich die Bauaufsichtsbehörde derzeit an einem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, das bei der näheren Definition der anzuwendenden Prüfkriterien im Baugenehmigungsverfahren Hilfestellung gibt. Das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme und die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind bei Bauvorhaben in der Umgebung von Störfallbetrieben besonders genau zu prüfen.

Im Baugenehmigungsverfahren kann es notwendig werden, eine mögliche Gefährdungslage durch den Bauherrn gutachterlich beurteilen zu lassen.

ANONYMISIERTE BEWERBUNGEN

■ AUCH IN WUPPERTAL

Die Frau könnte ein Kind bekommen? Ein Mann mit türkischem Nachnamen? Schlechte Karten bei der Bewerbung. Ein Pilotprojekt zeigt: Anonymisierte Bewerbungen ohne Namen, Foto und Alter verteilen die Chancen auf einen Job gerechter.

Im April wurde der Abschlussbericht des Pilotprojektes „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes veröffentlicht, der sehr positiv ausfällt. Demnach haben Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu herkömmlichen Verfahren bessere Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden.

Berufserfahrene Frauen profitieren

Der Studie zufolge sah die Mehrheit der Personalchefs kein Problem darin, dass diese persönlichen Angaben fehlten. Einige gaben sogar zu, dass sie von BewerberInnen im Vorstellungsgespräch überzeugt wurden, die sie ohne das anonymisierte Verfahren gar nicht erst eingeladen hätten. Besonders, wenn sich die ausgeschriebene Stelle an Menschen mit Berufserfahrung richtet, verbesserten sich die Chancen für Frauen gegenüber herkömmlichen Bewerbungsverfahren. Aber auch jüngere Frauen hätten Vorteile – sie müssen oft befürchten, wegen eines möglichen Kinderwunschs bei Bewerbungen benachteiligt zu werden.

Schon im Oktober letzten Jahres stellten wir den Antrag, dass auch Wuppertal ein Pilotprojekt für anonymisierte Bewerbungen auflegen soll. CDU und SPD lehnten damals den Antrag noch mit dem Verweis, es gebe keine abschließende Auswertung, ab. Nachdem die Antidiskriminierungsstelle des Bundes anonymen Bewerbungen jetzt

ein so positives Zeugnis ausstellt, stellen wir erneut einen Antrag für Wuppertal und hoffen auf Zustimmung der anderen Fraktionen im Integrationsausschuss und im Rat der Stadt.



Foto: © Ruth Rudolph, Pixelio.de

Zeit für anonymisierte Bewerbungsverfahren

Die Zeit zum Handeln ist gekommen. Es ist nun erwiesen, dass Migrantinnen und Migranten, Frauen und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei anonymisierten Bewerbungsverfahren weitaus größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Dieses Verfahren ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Viel zu häufig wird bei der Stellenvergabe anhand unsachlicher Kriterien und nicht nach der fachlichen Qualifikation entschieden. Solche Diskriminierungen haben in unserer Gesellschaft nichts verloren. Diesen Argumenten dürfen sich die anderen Stadtverordneten im Wuppertaler Stadtrat nicht verschließen.

AM LIMIT

■ PSYCHIATRISCHE VERSORGUNG IN WUPPERTAL

Die psychiatrische Versorgung in Wuppertal weist erhebliche Lücken auf. Dies wurde deutlich bei der Antwort auf die Anfrage der GRÜNEN in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit am 19.04.2012. Zwar gibt es bereits jetzt ein gutes Angebot an ambulanten und teilstationären Einrichtungen, aufgrund einer stetig steigenden Zahl an Erkrankten sind aber viele Fachdienste mit ihren personellen Kapazitäten am Limit.

Dringend notwendig ist eine Aufstockung der personellen Ressourcen vor allem im Sozialpsychiatrischen Dienst, um den Erkrankten, die oftmals eine zeitnahe und engmaschige Begleitung brauchen, noch gerecht werden zu können. Die GRÜNE Ratsfraktion ist sich der angespannten Haushaltslage bewusst, meint aber, dass hier nicht am falschen Ende gespart werden darf.

Versorgungslücken schließen

Mittelfristig ist es auch notwendig, zielgruppenspezifisch die Angebote auszubauen. Gerade die kinder- und jugendpsychiatrischen Hilfen im ambulanten Bereich müssen weiter ausgebaut werden. Hier ist eine noch stärkere Kooperation aller Verantwortlichen notwendig,

um die Angebotsstruktur trotz knapper Ressourcen erweitern zu können. Die Fachkliniken in der Region wie die Kinder- und Jugendpsychiatrie am Sana-Klinikum in Remscheid und die Stiftung Tannenhof sind schon seit geraumer Zeit dauerhaft überbelegt. Die kontinuierliche Belegungsquote von 110% im Tannenhof ist weder für die Patientinnen und Patienten noch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut.

Aber auch bei den teilstationären Angeboten gibt es bis zu 7 Monate lange Wartezeiten auf Therapieplätze. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, denn ein Mensch, der sich in einer akuten psychotischen Krise oder Depression befindet, braucht schnelle Hilfe.

Oftmals reichen hier die zeitlichen Kapazitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel im ambulanten Betreuten Wohnen nicht aus.

Die GRÜNE Ratsfraktion forderte deshalb den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit auf, gemeinsam mit der Fachverwaltung und den im Feld tätigen Trägern nach Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der psychiatrischen Versorgung zu suchen. Das Ziel der GRÜNEN ist es, lange Wartezeiten und Versorgungslücken in Zukunft zu vermeiden.

BILDUNG STATT HERDPRÄMIE

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant die Einführung eines Betreuungsgeldes. Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder ausschließlich zuhause zu betreuen und nicht in eine KiTa zu schicken, würden dann eine staatliche monatliche Zuwendung erhalten. Wieso sollte der Staat dafür zahlen, dass Menschen eine staatliche Leistung NICHT in Anspruch nehmen? Oder haben Sie schon einmal versucht an der Theaterkasse Geld dafür zu bekommen, dass Sie sich ein Theaterstück nicht ansehen?

Was wären die Konsequenzen der Herdprämie? Es ist zu befürchten, dass viele Mütter wegen des Betreuungsgeldes länger zu Hause bleiben; ihr Wiedereinstieg in den Beruf wird dadurch erschwert. Das können wir uns nicht leisten: Schon jetzt gibt es in Deutschland einen erheblichen Fachkräftemangel. Wenn jetzt auch noch Anreize geschaffen werden, die diese Entwicklung noch verschärfen, ist das volkswirtschaftlich unverantwortlich.

Die Kosten werden auf 2 Milliarden Euro völlig falsch investierten Geldes geschätzt. Das ist sehr viel Geld für bildungs- und geschlechterpolitischen Unsinn. Wenn die Kosten auf die Kommunen umgewälzt würden hieße das für Wuppertal 2 Mio. Euro. Geld, das



Cartoon: Harm Bengen

dann für den Ausbau der Kinderbetreuung oder für Sprachförderprogramme gestrichen würde. Die GRÜNE Alternative: das Geld sollte in ein flächendeckendes und gutes Betreuungsangebot für Kleinkinder investiert werden, um damit endlich echte Wahlfreiheit für Familien – insbesondere für Mütter – herzustellen. Zudem sollten wir gerade Kindern aus sozial schwächeren Familien früh den Zugang zu öffentlichen Bildungsstätten ermöglichen – das ver-

bessert ihre Bildungschancen deutlich! Die Planungen, Hartz IV-BezieherInnen kein Betreuungsgeld zu gewähren, entlarvt das Vorhaben: hier geht es nicht um die gesellschaftliche Honorierung von Erziehungsleistung, sondern darum, sowieso schon privilegierte Familien zu bedienen. Das von konservativer Seite zur Bedingung gemachte Betreuungsgeld ist nichts anderes als eine „Zurück-an-den-Herd“ – Prämie für junge Frauen.

ENERGIEWENDE GEHT LANGSAM VORAN

■ 100 PROZENTIG ERNEUERBAR IM BERGISCHEN LAND

Nach Fukushima ging die Abschaltung der ersten Reaktoren und der Plan für die Stilllegung der restlichen ganz schnell. Bei der Umstellung auf regenerative Energien (Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme, Biomasse) steht die Bundesregierung allerdings auf der Bremse.

Die Fachleute des GRÜNEN Arbeitskreises „Bergisch Energisch“ haben ausgerechnet, dass sich die Bergische Region spätestens in 20 Jahren selbst mit Strom versorgen könnte, wenn ein konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieträger erfolgen würde. Im „Regionalen Klimaschutzkonzept Erneuerbare Energien“ werden allein für Wuppertal 19 mögliche Standorte für Windkraftanlagen genannt. Darüber hinaus könnte der Wuppertaler Strombedarf auch gedeckt werden, wenn alle geeigneten Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden würden. Mehr Platz und Wind gibt es im Oberbergischen. Daher fordern die GRÜNEN eine 100% Erneuerbare Energieregion Bergisches Land. Mit dem Potenzial der Bergischen Großstädte, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Kreises Mettmann zusammen könnte die Region energetisch erneuerbar versorgt werden.

Chancen nutzen

Doch die Mehrheitsfraktionen in Wuppertal und die Wuppertaler Stadtwerke setzen bisher nicht auf die Energiewende im Bergischen und verzichten damit auch auf Wirtschaftskraft. Aber die Konkurrenz ist groß, andere Städte, wie z.B. Düsseldorf, sind auf der Suche nach geeigneten Standorten für regenerative Energieanlagen, auch im Bergischen Land. Bei der Solarenergie halten sich die WSW bisher sogar völlig



Foto: Mathias Kehren

raus. Dies bietet engagierten BürgerInnen die Chance, Energie selbst zu produzieren. Erst kürzlich gegründet, sucht die Bergische Bürgerkraft Energiegenossenschaft geeignete Dächer für Solaranlagen in der Region. Lohnt sich der Bau neuer Solaranlagen nach den Kürzungen bei der Förderung überhaupt noch? Ja! Wegen der stark gesunkenen Preise für die Anlagen werden noch Renditen erzielt. Wenn der Modulpreis weiter fällt und der Strompreis steigt, lohnt sich auch bald der Eigenverbrauch des erzeugten Stroms.

Blockheizkraftwerke

Die Wasserkraft ist im Bergischen schon gut genutzt. Bei den Blockheizkraftwerken besteht ein riesiges Potenzial. Wenn sich Hausbesitzer zusammenschließen (ab ca. 20 Wohnungen), können sie mit einem gemeinsam betriebenen Blockheizkraftwerk die eingesetzte Energie (meist Gas) besser nutzen und Strom erzeugen. Ein solches BHKW amortisiert sich nach 10 Jahren und trägt stark zur CO₂-Reduktion bei. Mit Wärmepumpen kann die im Erdin-

nen vorhandene Wärme zum Heizen genutzt werden. So eine Anlage benötigt Strom – idealerweise aus regenerativer Quelle – um das warme Wasser nach oben zu transportieren. Diese Technik eignet sich für Niedrigenergiehäuser mit geringem Wärmebedarf.

Sparen ist angesagt

Um die Energiewende zu schaffen, müssen wir in den nächsten Jahren weniger Strom verbrauchen und beim Heizen durch bessere Dämmung den Energiebedarf drastisch senken.

Auf einem Folge-Kongress „Hundertprozentig.ERNEUERBAR“ auf dem Campus Freudenberg der Bergischen Universität werden Fachleute und interessierte BürgerInnen am 22.Juni 2012 erneut über konkrete Möglichkeiten in der Bergischen Region diskutieren.

INTERVIEW MIT BEATE PETERSEN

Über den Stand der Energiewende in der Region führten wir ein Interview mit Beate Petersen, der Aufsichtsratsvorsitzenden der Bergischen Bürgerkraft Energiegenossenschaft iG.

Wie beurteilst Du den Stand der Energiewende in der Region?

Im eher ländlichen Bereich ist die Energiewende im Bereich der Erzeugung sichtbar eingeleitet (z.B. durch Energiegenossenschaft Lindlar (EGL) auf Schuldächern). Im bergischen Städtedreieck besteht dafür erheblicher Nachholbedarf. Auch durch Energieeinsparung, -effizienzsteigerung, -speicherung sowie intelligente Netze ist die Bilanz der Gesamtregion noch zu optimieren.

Was kann die Bergische Bürgerkraft zur Beschleunigung der Energiewende beitragen?

Um das bisher insbesondere im Bereich Sonnenstrom und -wärme brachliegende Potenzial freier Dachflächen zu nutzen, beginnt die Bergische Bürgerkraft (bbke) mit Photovoltaik-Projekten in Wuppertal, Solingen und Remscheid.

Als Bürgerenergiegenossenschaft bietet sie auch Interessierten ohne eigenes Dach Gelegenheit, in erneuerbare Energien zu investieren. Die Mindestanlage beträgt 500 Euro. Auch aktive Mitarbeit bei der Bürgerkraft und Wissenstransfer unsererseits helfen der Energiewende. „Wissenstransfer“, weil wir auch die Energiewende z.B. im Gesamtkontext „Klimawandel“ und „Ressourcenverbrauch“ sehen und rasch umdenken müssen.

Werden wir in der Bergischen Region hunderte Windräder haben?

Nein, das glaube ich nicht. Erstens bieten die Erneuerbaren Energien ja nicht nur „Wind“strom, sondern nutzen auch Sonne, Wasser, Bioenergie und Erdwärme zur Energiegewinnung. Insbesondere das Bergische Städtedrei-

eck hat neben Möglichkeiten zur Sonnenenergieerzeugung auf ungenutzten Dachflächen, weiteres Potenzial zur energetischen Gebäudesanierung und Kraft-Wärme-Kopplung. Zudem ist Wind zwar die effektivste Energiequelle, sollte aber in NRW – nach heutiger Erkenntnis – vorrangig auf dünn besiedelten windstarken Flächen eingesetzt werden.

Was ist mit Blockheizkraftwerken? Warum bisher so wenige?

Für BHKWs schließen sich mehrere Hausbesitzer zusammen, um sinnvolle Einheiten zu schaffen. Wir haben auch dazu Experten in der Bürgerkraft. BHKWs und energetische Gebäudesanierung passen gut zusammen, um z.B. bei Baudenkmalen hübsche Jugendstilfassaden zu erhalten.

Was können wir alle zur Energiewende beitragen?

Jede/r einzelne kann jetzt und hier beginnen, die regionale Energiewende aktiv mitzugestalten: Energie im eigenen Privat- und Berufs-Umfeld einsparen und effizient nutzen. Es gilt: „Die effizienteste Kilowattstunde ist die, die gar nicht erst verbraucht wird.“

100%
bergisch
energisch

RATSCHRONIK 07.05.2012

Haushaltssanierungsplan – Umsetzung des Stärkungspaktes in Wuppertal

Es war eine historische Situation: Dank des von der ROT-GRÜNEN Landesregierung aufgelegten Stärkungspaktes Stadtfinanzen hat Wuppertal endlich wieder die Chance und die Pflicht, ab 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Damit verbunden ist ein größerer Gestaltungsspielraum. Um den zu erlangen, müssen zusätzlich 42 Mio. Euro jährlich eingespart werden. Die Verwaltung legte einen entsprechend rigiden Sparplan vor, den wir so allerdings nicht akzeptieren konnten. Die GRÜNE Fraktion stellte einen Änderungsantrag, der u.a. einen geringeren Personalabbau und mehr Prävention im Sozialbereich vorsah. Im Vorfeld verhandelten wir mit CDU und SPD, weil wir angesichts der Bedeutung dieser Haushaltsberatungen einen gemeinsamen Änderungsantrag auf den Weg bringen wollten. CDU und SPD blieben leider betonhart und ließen nur ihre eigenen Anträge gelten. Sie akzeptierten nicht eine unserer Initiativen, weshalb wir uns konse-



Foto: Jörg Lange

quenterweise bei der Endabstimmung enthielten.

Neuaufstellung des Bergischen Regionalplans

Bisher hieß das regionale Planungsnetzwerk der Bezirksregierung Gebietsentwicklungsplan (GEP99) und ist jetzt in die Jahre gekommen. Um wichtige Planungen und Maßnahmen im Gebiet

der Bezirksregierung festzulegen, wird nun ein neuer Regionalplan aufgestellt. Dabei geht es um Themen wie Regionales Gewerbeflächenkonzept, erneuerbare Energien, Wohnen, Freizeitwirtschaft und Kulturlandschaft, Infrastruktur oder Anpassung an den Klimawandel. Die GRÜNEN Fraktionen aus Remscheid, Solingen und Wuppertal haben alle damit zusammen-

hängenden Positionspapiere durchgearbeitet und einen gleich lautenden Änderungsantrag in allen drei Räten eingebracht. Zentral für GRÜNE ist dabei neben den ökonomischen und ökologischen Chancen der Energiewende im Bergischen Land die Innenentwicklung der Städte, der Abbau des hohen Wohnungsleerstandes, die energetische Gebäudesanierung und die Wohnumfeldverbesserung. Leider lehnten CDU und SPD den GRÜNEN Antrag ab.

Geiz ist geil statt echter Bürgerbeteiligung?

Der Rat beschloss vor einem Jahr (Mai 2011), die BürgerInnen an den Haushaltsberatungen 2012/13 zu beteiligen. GRÜNE wollten dafür externe Profis von der Uni zur Unterstützung, die Ratsmehrheit von CDU und SPD lehnte das ab. Die Auswertung der Verwaltung zur Bürgerbeteiligung bringt es zur jetzigen Ratssitzung auf den Punkt: ganze zwei Seiten gönnt die Verwaltung der Auswertung. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: weder die Verwaltung noch CDU und SPD legen

Wert auf wirkliche Bürgerbeteiligung. Im Gegensatz zu den GRÜNEN, denn wir werden das Thema hartnäckig weiter verfolgen.

Ratssitzungen im Internet übertragen

Ob Ratssitzungen im Internet übertragen werden sollen oder nicht, damit befasste sich der Rat der Stadt schon im Februar diesen Jahres. Die Debatte wurde auf Antrag des GRÜNEN Stadtverordneten Marc Schulz wegen vieler Fragen in den nächsten Finanzausschuss überwiesen. Dort sollte die Verwaltung berichten, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, wie hoch die Kosten sind u.a.m. Nun landete das Thema wieder im Rat und erneut wurden keine ausreichenden Informationen vorgelegt. Die Angaben im Finanzausschuss waren äußerst dürftig und auch nur mündlich präsentiert, so dass die Richtigkeit der Forderung nach mehr Transparenz alleine anhand der Behandlung dieses Antrages deutlich wurde. CDU und SPD waren nicht bereit, das Thema noch eine Gremienrunde zu schieben und lehnten den Antrag kurzerhand ab.

RIO +20

■ DIE ENTWICKLUNG AUF UNSERER ERDE ENTSCHIEDET SICH VOR ORT!

Kurzer Blick zurück

Die erste Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1992 in Rio de Janeiro hat Zeichen gesetzt. Erstmals debattierten RegierungsvertreterInnen UND VertreterInnen von Nicht-Regierungsorganisationen aus allen Nationen über Umwelt UND Entwicklung. Es wurden 27 Grundsätze vereinbart, an denen sich die internationale Gemeinschaft orientieren soll. Der Schutz der Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung soll insbesondere in den Bereichen Politik, Gesetzgebung, Wirtschaft und Wissenschaft beachtet werden. Ein Ergebnis war das entwicklungs- und umweltpolitische Aktionsprogramm Agenda 21, das 172 Staaten unterschrieben. Damit wurde auch deutlich: eine nachhaltige Entwicklung kann nur realisiert werden, wenn die Ideen der Rio-Konferenz in den Ländern lokal weiterent-

wickelt und umgesetzt werden. Bis in die frühen 2000er Jahre nahmen Aktionsbündnisse vor Ort richtig Fahrt auf! In Deutschland haben über 2600 Städte Lokale Agenda 21 Bündnisse gegründet.

Auch Wuppertal richtete ein Agenda-Büro mit zwei Stellen ein, das die lebendigen Projekte vor Ort koordinierte und weiterentwickelte. Dieser Prozess endete abrupt mit der Amtsübernahme von Peter Jung als Oberbürgermeister.

Nachhaltige Entwicklung braucht die Innovationskraft von Vielen!

Das ist die Crux: Was hilft es, wenn global gedacht wird – aber lokal nicht gehandelt wird? Das Bundesministerium für Umwelt, das Bundesumweltamt und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt für Deutschland haben die

Studie „Rio +20 vor Ort“ in Auftrag gegeben. Hier sollte einerseits eine Bilanz des Agenda-Prozesses gezogen werden – und andererseits weitergedacht werden.

Zentrales Ergebnis: in Kommunen, in denen Bürgerbeteiligung verankert ist, zeigen sich häufiger strukturelle Innovationseffekte als in Kommunen ohne Beteiligungsansatz.

Im November 2011 fand dann der Kongress „Rio +20 – Nachhaltig vor Ort!“ in Hannover mit über 600 Fachleuten aus ganz Deutschland statt. In der abschließenden gemeinsamen Erklärung heißt es: „Zukunftsrobuste, integrative Lösungen erfordern zwingend die Kooperation aller gesellschaftlichen Akteure, sie brauchen Bürgernähe. Nachhaltigkeit muss als Prinzip in das Alltagshandeln eingebettet werden: in die Erzeugung, effiziente Nutzung und

Einsparung von Energie, in das Mobilitätsverhalten sowie in den täglichen Konsum, in die Betreuungsaufgaben sowie in das Erwerbsleben. Die Kommunen müssen die Öffentlichkeit befähigen und ermuntern, sich mit ihren Kenntnissen, Erfahrungen und Ideen in nachhaltig orientierte Projekte und Prozesse einzubringen.

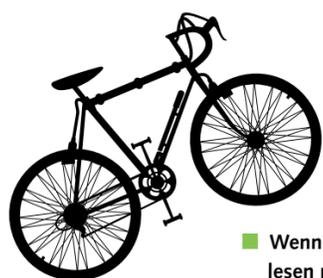
Wuppertal könnte, wenn es wollte!

Ich habe den Eindruck, dass in Wuppertal eine solche Ermunterung nicht stattfindet. Während viele Städte und Gemeinden DezernentInnen und AbteilungsleiterInnen nach Hannover entsendeten, war aus Wuppertal weder der Oberbürgermeister noch ein Beigeordneter gekommen. Welches Potenzial haben wir in Wuppertal – und es wird nicht genutzt! Ich erinnere mich noch gut an die erste kommunale

Klimakonferenz 2010. Viele WuppertalerInnen und Wuppertaler waren ins Rathaus gekommen, um sich einen Tag über Klimaschutz, Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz auszutauschen, Ideen zu teilen und Projekte vorzustellen.

Dabei waren unter vielen anderen das Wuppertal Institut, die Energieagentur NRW, die Stadtwerke, der Allgemeine Deutsche Fahrradclub und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Aber was sagt der Umweltdezernent zum Abschied: „Danke, dass Sie hier waren – wir werden uns sicherlich in den nächsten zwei bis drei Jahren in dieser Kombination nicht wieder sehen.“ Ach, Wuppertal!

Dr. Hermann E. Ott, Mitglied des deutschen Bundestages, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS

■ MIKROWELLE MEIDEN!

Wussten Sie schon, dass sich Mikrowellenherde nur bei kleinen Mengen lohnen? Schon bei zwei Portionen braucht ein Mikrowellenherd mehr Energie als eine Herdplatte. Auch das Auftauen in der Mikrowelle verbraucht unnötig Energie, besser ist es, Gefrorenes unaufgetaut in den Kühlschrank zu legen, dort spart es sogar Strom, weil weniger Energie zur Senkung der Temperatur gebraucht wird.

Also: Gefrorenes frühzeitig rauslegen und auf die Mikrowelle am besten ganz verzichten.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732



Foto: © Stefan Ddorf, Pixelio.de